



Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

in Bramfeld, Farmsen, Berne und Steilshoop!

Auch im neuen Jahr möchte ich sie auf dem Laufenden halten was in unserer Stadt und in unserem Wahlkreis politisch passiert. Ein Thema bewegt derzeit viele, insbesondere unsere iranisch stämmigen Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Stadt: Die Verhaftungen und Hinrichtungen im Iran.

Daher habe Ich gemeinsam mit meiner Bürgerschaftskollegin Anja Quast die politische Patenschaft für die Iranerin Monireh Montazeri übernommen. Monireh Montazeri ist Fotografin. Sie kommt aus Yazd und wurde am 02.10.2022 von Agenten der Revolutionsgarde entführt. Nach wie vor ist der Grund ihrer Inhaftierung unklar. Nach unserem Kenntnisstand gibt es bis heute keine Hinweise zu Verbleib und den Gesundheitszustand von Frau Montazeri. Auch ihre Familie hat keinerlei Informationen.

Über die politische Patenschaft wollen wir zum einen versuchen, die Gefangenen aus der Anonymität herauszuholen und zum anderen auf die inakzeptable Situation der vielen Menschen aufmerksam machen, die im Rahmen der Proteste gegen das iranische Regime gegen ihren Willen inhaftiert und festgehalten werden.

Ihr Wahlkreisabgeordneter

Wahlkreisbüro

Bramfelder Chaussee 312
22177 Hamburg
Tel. (040) 63 91 76 80
Fax (040) 63 91 76 81
Mobil (0179) 122 71 54
buero@pochnicht.de

www.pochnicht.de

Themen dieser Ausgabe:

- **Freiheit für Monireh Montazeri**
 - **2022 wieder über 10.000 Wohnungen genehmigt**
 - **Rot-grün will Jugendfreiwilligendienste stärken**
 - **Finanzierung für neues Lehrschwimmbecken in Farmsen steht**
 - **Sanierung der Berner Straße beginnt**
-



Freiheit für Monireh Montazeri

Monireh Montazeri



Monireh Montazeri ist eine junge, iranische Fotografin und Influencerin, welche am 2. Oktober vergangenen Jahres von iranischen Revolutionsgarden entführt wurde und seitdem als vermisst gilt.

Wir haben die politische Patenschaft übernommen und fordern die Freilassung von ihr und allen anderen politisch inhaftierten Menschen im Iran!

Lars Pochnicht & Anja Quast, Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft



(Bild: Lars Pochnicht)

2022 wieder über 10.000 Wohnungen genehmigt

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen hat bekannt gegeben, dass im Jahr 2022 der Bau von insgesamt 10.377 Wohnungen in Hamburg genehmigt werden konnte. Damit hat die Stadt erneut die selbstgesteckte Zielmarke von 10.000 Baugenehmigungen pro Jahr erreicht und überschritten. Die politische Zielmarke des SPD geführten Hamburger Senates von 10.000 genehmigten Wohnungen konnte erneut erreicht werden und ist vor dem Hintergrund der Veränderungen in der Wohnungs- und Bauwirtschaft zunächst als Erfolg zu sehen. Im Bezirk Wandsbek wurden, nach Hamburg-Mitte, die zweitmeisten Wohnungsneubauten, nämlich 1.921 genehmigt. Seit 2011 hat die Hansestadt somit 126.818 Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt.

Die guten Zahlen können jedoch nicht über die sich bundesweit deutlich veränderten Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau hinwegtäuschen. Aktuell erleben wir eine Verdreifachung der Finanzierungskosten innerhalb weniger Monate. Lieferketten sind gestört, Personal und Materialien sind knapp und teuer. Es ist zu erwarten, dass sich dies zukünftig auf die Zeitpläne zur Umsetzung der erteilten Baugenehmigungen auswirken wird.

Die Zahlen für 2022 sind das Ergebnis harter Arbeit, auf Seiten der Wohnungswirtschaft, der Politik und der Verwaltung. Dennoch steht fest, dass der Bedarf an zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum ungebrochen hoch bleiben wird. Daher muss zusätzlich auf Bundes- und Landesebene jetzt alles daran gesetzt werden, den Wohnungsbau trotz der schwierigen äußeren Rahmenbedingungen weiterhin zu unterstützen. Hamburg will hier, auch vor dem Hintergrund des bisher sehr erfolgreichen Bündnisses für das Wohnen, weiterhin wichtige Impulse setzen, damit die Wohnungsbauzahlen nicht einbrechen und der Sozialwohnungsbestand trotz der schwierigen Gesamtlage stabilisiert wird.

Rot-Grün will Jugendfreiwilligendienste stärken

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte im letzten Jahr die Frage in den Raum gestellt, „ob es unserem Land nicht guttun würde, wenn sich Frauen und Männer für einen gewissen Zeitraum in den Dienst der Gesellschaft stellen“. Steinmeier hatte die Debatte mit der Begründung angestoßen, dass eine Dienstpflicht die Gemeinschaft stärken könnte. Gerade in einer Zeit, in der das Verständnis für andere Lebensentwürfe und Meinungen abnimmt, könnte seiner Meinung nach eine soziale Pflichtzeit besonders wertvoll sein. Man kommt raus aus der eigenen Blase, trifft ganz andere Menschen, hilft Bürgern in Not-



lagen. Das baut Vorurteile ab und stärkt den Gemeinsinn, so argumentierte der Bundespräsident. Damit wurde eine Debatte über das Verständnis von bürgerlichen Pflichten in unserer Gesellschaft angestoßen.

Die SPD im Bund setzte in ihrem Wahlprogramm 2021 hingegen auf den Ausbau der Freiwilligendienste. So wurde argumentiert, dass Freiwilligendienste Unterstützung bei der beruflichen Orientierung und der persönlichen Entwicklung bieten. Durch eine Stärkung des freiwilligen Engagements soll jeder junge Mensch nach Ende der Schulzeit die Möglichkeit erhalten, sich für ein Jugendfreiwilligenjahr zu entscheiden. Das Engagement in Jugendfreiwilligendiensten soll für junge Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern möglich sein.

Die Hamburgische Bürgerschaft hat in ihrer letzten Sitzung nun einen Rot-Grünen Antrag für eine Öffentlichkeitskampagne beschlossen, mittels der die Vorteile, die ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) für junge Menschen bietet, deutlicher herausgestellt werden sollen. Diese Kampagne hat das Ziel, dem rückläufigen Trend bei den Bewerberinnen- und Bewerberzahlen entgegenzuwirken und soll gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste Hamburg konzipiert werden. Weiter soll sich Hamburg auf Bundesebene für eine Anpassung beziehungsweise Erhöhung des sogenannten Taschengelds sowie für eine Verbesserung der Teilzeitmöglichkeiten einsetzen. Bisher wird ein sogenanntes Taschengeld von maximal 423 Euro gezahlt. Die Arbeitszeit richtet sich nach der Regelarbeitszeit der Einsatzstelle (35 bis 40 Stunden). Das Freiwillige Soziale Jahr ist grundsätzlich eine Vollzeit-Tätigkeit. Darüber hinaus fordert der Rot-Grüne Antrag, dass auch Geflüchtete bei der Übernahme eines Freiwilligendienstes gesondert unterstützt werden können, zum Beispiel durch Inten-

sivsprachkurse und Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse.

In den Jugendfreiwilligendiensten Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) engagieren sich junge Menschen und machen dabei auch erste Berufserfahrungen. Freiwilligendienste bieten jungen Menschen einen sicheren Rahmen, eigenständig zu werden und Verantwortung für andere zu übernehmen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gestärkt. Ob Feuerwehr, Sportverein, Umwelt- und Naturschutz, viele dieser Bereiche funktionieren nur, weil sich Menschen ehrenamtlich einsetzen. Einsatzbereiche von Freiwilligendiensten sind nicht nur Mithilfe in der Kranken- und Altenpflege, Jugend- und Behindertenhilfe, sondern auch im Naturschutz oder in der Umweltbildung. Zudem gibt es weitere Möglichkeiten im Katastrophenschutz, im Generell kann man fast überall tätig werden, wo es gemeinwohlorientierte Einsatzmöglichkeiten gibt. Ein FSJ oder FÖJ dauert in der Regel zwölf Monate, höchstens 18 Monate in Vollzeit. In Ausnahmefällen können FSJ und FÖJ auf bis zu 24 Monate verlängert werden.

Laut Bundesfamilienministerium absolvierten 2021 knapp 90.000 Menschen einen freiwilligen Dienst. Die Zahl der jungen Menschen, die ein FSJ oder ein FÖJ absolvieren wollen, ist jedoch nach dem Abflauen der Pandemie rückläufig. Diesem Trend wollen die Regierungsfractionen von SPD und Grünen in der Hamburgischen Bürgerschaft nun entgegenzuwirken und setzen dabei auf Freiwilligkeit und die Solidarität der jungen Menschen statt auf eine gesetzliche Pflicht.

Finanzierung für neues Lehschwimmbecken in Farmsen steht

Nachdem sich das Berufsförderungswerk (BFW) infolge des Verkaufs durch die Stadt von dem Hochhaus mit integriertem Schwimmbad in der August-Krogmann-Straße vor drei getrennt hat-



te, gab es die Forderung der Rot-Grünen Regierungraktionen einen Ersatzbau an anderer Stelle in Farmsen zu realisieren.

Bisher war die Finanzierung eines Neubaus aber noch ungeklärt. Ende letzten Jahres gab es einen großen Fortschritt für die Schwimminfrastruktur in Farmsen-Berne. Durch die gute Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und Bezirk wurde eine Teilfinanzierung über das Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen für die Bereiche Sport, Jugend und Kultur“ sichergestellt. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat einen Beschluss über rund 5,7 Mio. Euro für einen Ersatzneubau des Lehrschwimmbeckens in Farmsen-Berne beschlossen. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Aydan Özoguz hatte sich für die Mittel aus dem Bundesprogramm in Berlin stark gemacht. Die Gesamtkosten dieses Projekts belaufen sich nach aktuellen Planungen auf 12,7 Mio. Euro. Die Stadt Hamburg wird die Kofinanzierung in Höhe von rund 7 Mio. Euro sicherstellen.

Im wachsenden Stadtteil Farmsen-Berne ist damit auch zukünftig gewährleistet das vor allem Kinder und Jugendliche sicheres Schwimmen erlernen können, aber auch Seniorinnen und Senioren und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen bei ihrer Genesung und Erhaltung ihrer Beweglichkeit unterstützt werden können.

Die Vereine Farmsener TV, Walddörfer SV, die DLRG und weitere Institutionen aus der Region wollen nun den Neubau am Hermelinweg gemeinsam betreiben. Das künftige Becken soll barrierefrei sein, und dazu energieautark. Geplant sind Photovoltaik und Solarthermie auf dem Dach, außerdem soll die Belüftung für die Beheizung genutzt werden. Das alles sind wichtige Aspekte in Zeiten der Energiekostenkrise und des Klimawandels.

Sanierung der Berner Straße beginnt



Die Sanierung des Straßenzugs Berner Straße/Fasanenweg/Berner Brücke, zwischen Alter Zollweg und Kriegkamp, beginnt. In den folgenden zwei Jahren wird der Straßenzug nicht nur saniert sondern auch neugestaltet. Wie der Berner Bote bereits in seiner Septemberausgabe berichtete, wird u.a. auf dem zweispurigen Abschnitt eine neue Radverkehrsanlagen geplant um Radfahrende im Verkehr besser zu schützen. Der vierspurige Abschnitt, der sich als überdimensioniert erwiesen hat, wird den Verkehrsrealitäten angepasst und auf zwei, teilweise drei Fahrspuren geändert. Die Straßenbauplanung des städtischen Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) war vor zwei Jahren der Bezirksversammlung Wandsbek vorgestellt worden. Zwischenzeitlich haben sich noch Änderungen und Anpassungen an der Planung ergeben, im Herbst soll die finale Planung veröffentlicht werden.

Vorgesehen ist, dass die Fahrbahndecke saniert werden soll und ordentliche Radverkehrsanlagen, die teilweise bislang gänzlich fehlen, neu geschaffen werden. Ebenso sollen für Fußgängerinnen und Fußgänger bessere Möglichkeiten zur Überquerung der vielbefahrenen Straße geschaffen werden. Positiv ist ebenfalls, dass am Ende auch mehr Platz für Straßengrün vorhanden ist. Mit der Sanierung und der Neugestaltung der Berner Straße wird allgemein die Verkehrssicherheit verbessert und die Verkehrsqualität für alle Verkehrsteilnehmenden erhöht.



Im Einzelnen ist geplant, dass der Straßenzug auf gesamter Länge mindestens zwei Fahrstreifen von jeweils 3,25 m Breite erhält. An den Knotenpunkten werden die Fahrspuren aufgeweitet, insbesondere zur Berücksichtigung der Abbiegeströme. Dabei sind vor den Kreuzungen großzügige Aufstellflächen mit jeweils zwei Spuren pro Richtung vorgesehen, so dass teilweise eher von einer Dreispurigkeit die Rede sein kann. Die Längsparkstände nördlich Bargkoppelweg bleiben erhalten, teilweise sollen sogar zusätzliche geschaffen werden können.

Der Radverkehr wird zukünftig überwiegend auf Radfahrstreifen am rechten Fahrbahnrand geführt. Besonders dort, wo Radverkehrsanlagen vollständig fehlen, ist dies ein großer Gewinn. Die Radfahrstreifen werden nördlich Bargkoppelweg 2,25 m breit sein, südlich Bargkoppelweg 2,10 m. Im Knotenpunkt Greifenberger Straße/Am Fleet Venbrook reicht der Platz nur für 1,50 m breite Schutzstreifen, die zur besseren Erkennbarkeit rot eingefärbt werden. Die Straßenbauplanung wurde zwischenzeitlich so überarbeitet, dass an den Kreuzungen und Einmündungen keine Radfahrstreifen in Mittellage mehr geplant sind. Im gesamten Planungsgebiet werden voraussichtlich ca. 35 Fahrradbügel zum sicheren Abstellen von Fahrrädern aufgestellt.

Auch die Gehwege werden neu angelegt werden. Nördlich des Bargkoppelweg erhalten sie eine Breite von rund als 2,65 m. Südlich davon stehen nur begrenzt Flächen zur Verfügung, so dass die Gehwege hier 2,15 bis 2,25 breit sein werden.

Die Bushaltestelle Redderblock in der Berner Straße wird in beide Richtungen barrierefrei neu angelegt. Zukünftig werden die Busbuchten jeweils hinter der Kreuzung mit dem Redderblock liegen und so lang sein, dass dort auch 18 Meter lange Gelenkbusse halten könnten. Für eine im Rahmen der Umsetzung des Hamburg-Takts neu einzurichtende XpressBus-Linie Richtung Poppenbüttel werden in Höhe Schierenberg und Berner Stieg zudem vorsorglich zwei weitere Bushaltestellen gebaut.

Die Kreuzung Berner Stieg wird so umgebaut, dass hier Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrerinnen und Radfahrer gut die Straße überqueren können. Dies ist im gegenwärtigen Zustand eigentlich gar nicht vorgesehen. Der Berner Stieg stellt aber eine viel genutzte Verbindung zwischen der Saeler Straße und dem U-Bahnhof Berne dar. Die Planung wurde hier zwischenzeitlich noch dergestalt überarbeitet, dass hier zukünftig sogar eine Fußgängerampel die Querung der Straße erleichtern wird.

Die geplanten, umfangreichen Bau- und Sanierungsmaßnahmen werden allerdings für den gesamten Zeitraum für Einschränkungen und Umleitungen sorgen, die der LSBG so gut es geht auf ein Minimum reduzieren will. Die Bauarbeiten sollen Ende 2024 beendet sein. Die Gesamtbaukosten werden voraussichtlich rund 18,4 Millionen Euro betragen.

Impressum und Kontakt:

Angaben gem. § 5 TMG und verantwortlich für den Inhalt nach § 55 (2) RSIV: Lars Pochnicht MdHB
Kontaktinformationen: Wahlkreisbüro Bramfeld, Bramfelder Chaussee 312, 22177 Hamburg, Tel. 040 63 91 76 80, E-Mail: buero@pochnicht.de
Die Datenschutzerklärung finden Sie auf meiner Internetseite www.pochnicht.de. Sollten Sie aus irgendeinem Grund den Datenschutz-Re